

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame,
unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe**

Vom 25. September 2020

Das Übereinkommen vom 10. Dezember 1984 gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (BGBl. 1990 II S. 246, 247; 1996 II S. 282, 284) wird nach seinem Artikel 27 Absatz 2 für

St. Kitts und Nevis am 21. Oktober 2020
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 22. Juni 2020 (BGBl. II S. 523).

Berlin, den 25. September 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der
Regierung der Bundesrepublik Deutschland und
dem Internationalen Strafgerichtshof
über die Beschäftigung von Juniorfachkräften**

Vom 21. Oktober 2020

Das in Den Haag am 31. August 2020 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Strafgerichtshof über die Beschäftigung von Juniorfachkräften ist nach seinem Artikel 9 Absatz 1

am 31. August 2020
in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 21. Oktober 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Internationalen Strafgerichtshof
über die Beschäftigung von Juniorfachkräften**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Internationale Strafgerichtshof –

in der Erwägung, dass die Regierung der Bundesrepublik Deutschland (im Folgenden als „Regierung“ bezeichnet)

- Juniorfachkräfte für Aufgaben der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit vorbereiten,
- ihre multilaterale Entwicklungszusammenarbeit stärken und
- die Beschäftigung von Juniorfachkräften beim Internationalen Strafgerichtshof am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn ermöglichen möchte und

dass der Internationale Strafgerichtshof sein Einverständnis erklärt hat, mit der Regierung bei der Erfüllung der oben genannten Ziele zusammenzuarbeiten –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Antragsverfahren

(1) Wenn nach Ansicht des Internationalen Strafgerichtshofs geeignete Bewerberinnen und Bewerber in der Bundesrepublik Deutschland gefunden werden können, legt er der Regierung Anträge auf Gestellung von Juniorfachkräften vor. Jedem Antrag ist eine Stellenbeschreibung beizufügen.

(2) Die Regierung ist nicht verpflichtet, eine bestimmte Anzahl von Juniorfachkräften innerhalb eines bestimmten Zeitraums vorzuschlagen. Die Regierung bemüht sich jedoch, im Rahmen der Verfügbarkeit entsprechender Haushaltsmittel, die sie für diesen Zweck bereitzustellen als angemessen erachtet, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für jeden Antrag zu finden und dem Internationalen Strafgerichtshof innerhalb eines angemessenen Zeitraums einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

(3) Die endgültige Entscheidung über die Berufung von Juniorfachkräften auf der Grundlage der Vorschläge der Regierung sowie gegebenenfalls ihre Einsätze und Dienstreisen liegt beim Internationalen Strafgerichtshof.

Artikel 2

Juniorfachkräfte/Junior Professional Officers

(1) Juniorfachkräfte sind Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen, die zum Zeitpunkt ihrer Berufung in der Regel über einen Mastergrad und mindestens zwei Jahre einschlägige Berufserfahrung oder über einen Bachelordgrad und mindestens vier Jahre einschlägige Berufserfahrung verfügen.

(2) Juniorfachkräfte werden vom Internationalen Strafgerichtshof für die Dauer ihres Dienstes beim Internationalen Strafgerichtshof mit einem befristeten Arbeitsvertrag eingestellt. Juniorfachkräfte führen Aufgaben der P2-Vergütungsstufe aus.

(3) Der Internationale Strafgerichtshof legt in einem von der dazu befugten Person und der Juniorfachkraft zu unterzeichnenden gesonderten Berufungsschreiben die Beschäftigungsbedingungen in allen Einzelheiten dar.

Artikel 3

Stellung der Juniorfachkräfte

(1) Juniorfachkräfte sind während ihrer Tätigkeit im Dienst des Internationalen Strafgerichtshofs internationale Bedienstete des Internationalen Strafgerichtshofs. Auf ihre Beschäftigung finden die Personalordnung und das Personalstatut sowie alle anderen einschlägigen Vorschriften und Richtlinien des Internationalen Strafgerichtshofs in der jeweils geltenden Fassung Anwendung. Die Juniorfachkräfte sind zu jeder Zeit an den Verhaltenskodex des Internationalen Strafgerichtshofs für das Personal und für Experten gebunden. Für die Juniorfachkräfte gelten darüber hinaus die im Berufungsschreiben vereinbarten Regelungen.

(2) Von allen Juniorfachkräften als internationalen Bediensteten wird zu jeder Zeit die Einhaltung der höchsten Standards in Bezug auf Ehrenhaftigkeit und Integrität erwartet. Sie holen für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben keine Anweisungen der deutschen Regierung oder anderer Regierungen oder von anderen Stellen außerhalb des Internationalen Strafgerichtshofs ein und nehmen von diesen keine Anweisungen dafür entgegen.

(3) Juniorfachkräfte sind einer vom Internationalen Strafgerichtshof zu bestimmenden Person oder mehreren solchen Personen zu unterstellen, die über ausreichende Qualifikationen verfügen. Juniorfachkräfte werden am Sitz des Internationalen Strafgerichtshofs beschäftigt. Der Einsatz von Juniorfachkräften in den Außenbüros des Internationalen Strafgerichtshofs sowie ihre Dienstreisen unterliegen den Reiseregeln und -verfahren des Internationalen Strafgerichtshofs in der jeweils geltenden Fassung.

(4) Die Juniorfachkräfte nehmen am Sozialversicherungssystem des Internationalen Strafgerichtshofs einschließlich des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen (United Nations Staff Pension Fund – UNJSPF) teil und sind im Krankheits-, Invaliditäts- und Todesfall versichert.

(5) Juniorfachkräfte können sich jederzeit um ausgeschriebene freie Stellen beim Internationalen Strafgerichtshof bewerben.

Artikel 4

Dauer der Berufung

(1) Juniorfachkräfte werden zunächst für einen Zeitraum von zwölf Monaten eingesetzt. Diese Dienstzeit kann vom Internationalen Gerichtshof mit Einverständnis der Regierung um weitere zwölf Monate auf eine Gesamtzeit von 24 Monaten verlängert werden.

(2) Die Vertragsparteien verständigen sich rechtzeitig über eine mögliche anschließende Vertragsverlängerung um weitere zwölf Monate. Die maximale von der Regierung finanzierte Beschäftigungsdauer beträgt 36 Monate.

Artikel 5

Zuständigkeiten

(1) Die Regierung beauftragt das Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (im Folgenden als „BFIO“ bezeichnet), Villemombler Straße 76, 53123 Bonn, Bundesrepublik Deutschland, mit der Durchführung dieses Abkommens.

(2) Die Personalabteilung des Internationalen Strafgerichtshofs ist die zentrale Anlaufstelle für alle Fragen in Bezug auf das Juniorfachkräfteprogramm [International Criminal Court, Human Resources Section, Division of Management Services, Oude Waalsdorperweg 10, 2597 AK Den Haag, JPOrecruitment@icc-cpi.int].

Artikel 6

Kostenübernahme

(1) Die Regierung trägt alle nachweisbaren Kosten der Beschäftigung der Juniorfachkräfte im Dienst des Internationalen Strafgerichtshofs wie Gehälter, Beiträge zum Altersversorgungssystem, Versorgungsleistungen, Zulagen, Versicherungen sowie Beförderungskosten zum und vom Beschäftigungsort im Einklang mit den beim Internationalen Strafgerichtshof angewendeten Regelungen und Verfahren, einschließlich aller Kosten, die aufgrund und während ihrer Beschäftigung, ihrer Einsätze und Dienstreisen beim Internationalen Strafgerichtshof im Verletzungs-, Krankheits- oder Todesfall entstehen. Sie trägt jedoch nicht eine zu Gunsten des Internationalen Strafgerichtshofs erhobene etwaige Steuer (staff assessment) auf die vom Internationalen Strafgerichtshof an die Juniorfachkräfte gezahlten Gehälter und sonstigen Bezüge. Alle einschlägigen Zahlungen werden vom BFIO auf ein vom Internationalen Strafgerichtshof zu bezeichnendes Konto überwiesen. Für den Fall, dass in den nachgewiesenen Kosten im Zusammenhang mit der Beschäfti-

gung von Juniorfachkräften Mehrwertsteuer enthalten ist, wird diese Steuer nur dann durch die Regierung getragen, wenn keine Entlastung durch den Staat erfolgt, der die Steuer vereinnahmt hat.

(2) Der Internationale Strafgerichtshof kann zu Lasten des nach Absatz 1 Satz 3 bezeichneten Kontos die Ausgaben zahlen, die unmittelbar aus der Beschäftigung der Juniorfachkräfte entstehen, insbesondere die Ausgaben für

1. Gehalt, Beiträge zum Altersversorgungssystem, Versorgungsleistungen und Zulagen, die nach dem Berufungsschreiben an die Juniorfachkräfte zu zahlen sind;
2. Kosten der Reise zum und vom Beschäftigungsort sowie damit verbundene Kosten für die Juniorfachkräfte und deren Angehörige, soweit sie nach den beim Internationalen Strafgerichtshof angewendeten Regelungen und Verfahren als solche gelten;
3. Kranken-, Reise-, Lebens-, Erwerbsunfähigkeits- und Unfallversicherung gemäß den geltenden Richtlinien und Verfahren beim Internationalen Strafgerichtshof;
4. Kosten von Fortbildungsmaßnahmen, an denen die Juniorfachkräfte im Laufe ihrer Beschäftigung durch den Internationalen Strafgerichtshof teilnehmen, einschließlich dafür anfallender Reisekosten und -spesen (im Sinne der Reise- und Spesenregelung des Internationalen Strafgerichtshofs), bis zu einem vom BFIO festgesetzten jährlichen Höchstbetrag;
5. Beträge, die nach dem Berufungsschreiben im Zusammenhang mit der Beendigung der Beschäftigung einer Juniorfachkraft durch den Internationalen Strafgerichtshof zu zahlen sind, gegebenenfalls einschließlich der Abgeltung von aufgelaufenem Jahresurlaub;
6. sonstige Kosten im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Juniorfachkräften beim Internationalen Strafgerichtshof.

(3) Der Internationale Strafgerichtshof kann dem nach Absatz 1 Satz 3 bezeichneten Konto darüber hinaus einen Betrag in Höhe von zwölf Prozent der in diesem Artikel genannten Ausgaben entnehmen und ihn als Vergütung für seine Verwaltungskosten einbehalten.

(4) Alle Zahlungen von Ausgaben nach diesem Abkommen erfolgen in Euro.

Artikel 7

Abrechnung

(1) Sobald eine Juniorfachkraft vom Internationalen Strafgerichtshof angenommen wurde und ein vorläufiges Datum für die Dienstaufnahme festgesetzt worden ist, zahlt die Regierung den Betrag, der nach Schätzung des Internationalen Strafgerichtshofs für die in Artikel 6 angegebenen Zwecke benötigt wird, auf das nach Artikel 6 Absatz 1 Satz 3 bezeichnete Konto ein. Der tatsächliche Betrag wird in einer gesonderten Vereinbarung zwischen dem Internationalen Strafgerichtshof und dem BFIO festgelegt und beruht auf den vom Internationalen Strafgerichtshof für die Beschäftigung der jeweiligen Juniorfachkraft in Übereinstimmung mit den anwendbaren Regelungen und Verfahren geleisteten tatsächlichen Ausgaben für Gehälter, Zulagen, Beiträge zum Altersversorgungssystem und Versorgungsleistungen. Danach wird ein im Zusammenhang mit dieser Beschäftigung etwa entstehender Fehlbetrag von der Regierung innerhalb von drei Monaten nach Eingang einer entsprechenden Mitteilung des Internationalen Strafgerichtshofs auf dasselbe Konto eingezahlt.

(2) Das gleiche Verfahren gilt in Fällen, in denen die Beschäftigung einer Juniorfachkraft verlängert worden ist.

(3) Der Internationale Strafgerichtshof wird dem BFIO jährlich, sobald ein geprüfter Abschluss vorliegt, spätestens am 31. Juli eines Jahres, den Kontoabschluss vom 31. Dezember des Vorjahres vorlegen. Ein etwa bestehender Überschuss wird der Regierung zurückerstattet.

(4) Der Internationale Strafgerichtshof bestätigt auf der Endabrechnung durch einen Vermerk, dass alle finanziellen Transak-

tionen, die aus den Finanzierungsbeiträgen der Regierung für Verwaltungszwecke im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Juniorfachkräften bestritten wurden, korrekt nach den anwendbaren Regelungen und Verfahren und diesem Abkommen abgewickelt worden sind und Gegenstand der internen Kontrollverfahren des Internationalen Strafgerichtshofs waren.

Artikel 8

Streitbeilegung

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden gütlich auf dem Verhandlungsweg beigelegt.

(2) Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Strafgerichtshofs bleiben von diesem Abkommen unberührt.

Artikel 9

Inkrafttreten und Kündigung

(1) Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft. Es bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft.

(2) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei jederzeit schriftlich gekündigt werden; es tritt drei Monate nach seiner Kündigung außer Kraft.

Geschehen zu Den Haag am 31. August 2020 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Dirk Brengelmann

Für den Internationalen Strafgerichtshof

Peter E. Lewis

Bekanntmachung von Berichtigungen der Anlage zum Europäischen Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf Binnenwasserstraßen (ADN)

Vom 27. Oktober 2020

Zur Anlage (geänderte Fassung der dem ADN-Übereinkommen in der Anlage beigefügten Verordnung) der 1. ADN-Änderungsverordnung vom 5. Juni 2009 (BGBl. 2009 II S. 534; 2010 II S. 122, 123, 1183, 1184, 1569, 1570), die zuletzt durch die in der Anlage der 7. ADN-Änderungsverordnung vom 19. November 2018 (BGBl. 2018 II S. 736; 2019 II S. 517, 518, 895) veröffentlichten Änderungen geändert worden ist, werden nachstehende Berichtigungen bekannt gemacht.

Die Berichtigungen gelten rückwirkend mit Wirkung vom Inkrafttreten der jeweiligen Bestimmung.

Berlin, den 27. Oktober 2020

Bundesministerium
für Verkehr und digitale Infrastruktur
Im Auftrag
Gudula Schwan